V-4-NEU1-091: Überall Krieg, nirgendwo Schutz

Antragsteller*innen Thomas Wiskirchen

Antragstext

Von Zeile 90 bis 91 einfügen:

Gazastreifens sowie die Sanktionierung relevanter Vertreter*innen der Siedlerbewegung.

Voraussetzung für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina ist ein sofortiger Waffenstillstand und das Einsetzen multilateraler Friedensverhandlungen. Ziel dieser Verhandlungen muss ein Leben in Würde Freiheit, Demokratie und Sicherheit für alle Menschen in Israel und Palästina sein.

Deutschland hat eine besondere Verantwortung, sich gemeinsam mit den Europäischen Partner*innen in diese Verhandlungen einzubringen und die Institutionen der internationalen Gemeinschaft zu achten. Dazu zählt auch, das Bestreben der internationalen Institutionen, Verantwortliche für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zur Rechenschaft zu ziehen, zu unterstützen.

Begründung

Deutschland muss im Einklang mit der Europäischen Union eine zentrale Rolle im Streben nach einem Waffenstillstand und diplomatischen Verhandlungen über einen dauerhaften Frieden spielen.
Internationale Verhandlungen, sowohl mit den westlichen Staaten, als auch mit Staaten der arabischen Liga haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Achtung des Völkerrechts und der internationalen Institutionen und Verträge von allen gleichermaßen geachtet und umgesetz werden.
Dazu gehört auch, Internationale Haftbefehle, wie sie kürzlich u.a. gegen Premierminister Netanyahu und die Führer der Hamas verhängt wurden, anzuerkennen und umzusetzen. Es kann keinen nachhaltigen Frieden in Israel und Palästina und der gesamten Region geben, wenn es kein gerechter Frieden ist. Zu einem gerechten Frieden gehört unbedingt, dass die Verantwortlichen für begangenes Unrecht zur Rechenschaft gezogen werden.